Rundschreiben Nr.17

In diesem R wird das Material zu "30 Jahre Ende von Krieg und Hitlerfaschismus" abgedruckt sowie ein Beschluß der Leitung über die Aufgaben der Kommunisten an der Hochschule angesichts der Wahlen zur"Hochschülerschaft", der Interessensvertretung der Studenten. Dieser Beschluß wurde in seiner Endafssung von der Ltg. am 7.4. verabschiedet. Er wurde gefaßt in Anbetracht eines falschen Herangehens der MLS an die ÖH-Wahlen, das sich in einem falschen Entwurf zu einem Wahlaufruf niederschlug. Falsch war das Herangehen der MLS deshalb, weil es nicht von den Aufgaben der Kommunisten unter den Studenten ausging, sondern von der ÖH und den ÖH-Wahlen und alle politischen Fragen im Hinblick auf diese Wahlen betrachtete. Inzwischen hat nach einer Aussprache mit dem ZA der MLS der ZA einen neuen Wahlaufruf entworfen, der am Wochenende von einer Konferenz aller m.l. Hochschulorganisationen Osterreichs gebilligt wurde.

Die Leitung hat am 7.4. auch über den Rechenschaftsbericht der Leitung der VUV diskutiert und ist zu der Meinung gekommen, daß der vorliegende RB keine geeignete Grundlage für die MV ist. Wir haben der Leitung der VUV empfohlen, den RB zurückzuziehen und die MV zu verschieben, bis ein neuer RB ausgearbeitet ist. Der KB seinerseits wird eine schriftliche Stellungnahme zum jetzt vorliegenden RB abgeben. Diese sowie eine Beschluß zur Einrichtung einer KB-Zelle in der VUV sollen in der nächsten Leitungssitzung beschlossen werden.

Der im R 16 angekündigte Beschluß über ein "Forderungsprogarmm zum 1.Mai" ist inzwischen als Flugblatt gedruckt. Wir werden in der gesamten Agitation und Propaganda stets - wie es in diesem Flugblatt und in der Zeitung ja geschieht - den Maiaufruf und das Forderungsprogramm gemeinsam einsetzen. Erst gemeinsam bilden sie eine Grundlage der Maiagitation.
Der "Anhang 1" des R 15 ist damit hinfällig. Es wäre von vornherein besser gewesen, zusammen mit dem Maiaufruf auch ein für die öffentliche Agitation und zur Anleitung der eigenen Organisation bestimmtes Forderungsprogramm zu schreiben und auch darauf Kurs zu nehmen, daß ein Kampf um die gemeinsame Verabschiedung durch alle m.l.Organisationen geführt wird. Im neuen Forderungsprogramm sind keine Losungen, die wir am 1.Mai mittragen werden, sondern nur Forderungen enthalten. Es sind nur die wichtigsten Forderungen enthalten, die im Klassenkampf heute eine Rolle spielen, und es wurden nur solche Forderungen aufgenommen, hinsichtlich derer wir in der Vergangenheit bereits Politik gemacht haben. Notwendig ist es im Betrieb, auf Grundlage des Forderungsprogramms auch eine konkretere, von den betrieblichen Verhältnissen ausgehende Agitation zu entfalten.

Die Leitung hat am 7.4. eine "Erklärung zur Entwicklung der Lage in Indochina" beschlossen, die der Zeitung beigelegt werden wird, und die zusammen mit den Artikeln in der Zeitung in den Grundeinheiten diskutiert werden soll. Das Indochina-Komitee veranstaltet am Do, 24.4. eine Solidaritätsversammlung. Diese wird von uns unterstützt.mittels eines Flugblattes. Ansonsten sollte beim Zeitungsverkauf die Frage entsprechend berücksichtigt werden. Das IKW veranstaltet auch eine Spendensammlung, die wir politisch unterstützen und bekanntmachen, an der wir uns aber - solange die Spendensammlung für die ZANU läuft - nicht massiv beteiligen können.

Das KSA veranstaltet am 21.4., 17 Uhr, eine Demonstration zum Bundeskanzleramt gegen das Voest-Projekt in Südafrika, das bei der Aufsichtsrat-Sitzung der ÖIAG am 22.4. gebilligt werden soll. Wir rufen auf zu dieser Demonsrtation, die erst den Beginn des Kampfes gegen dieses Projekt markiert. Der Kampf wird seit drei Wochen vorbereitet durch eine Unterschriftenaktion des KSA und wird auch über den 22.4. hinaus fortgesetzt werden. Zur politischen Linie, auf der der Kampf geführt werden muß, wird die Leitung am 10.4. einen Beschluß fassen. Die Sache hat einige politische

Bedeutung und ist bisher von uns vernachlässigt worden. Trotzdem haben wir für den 21.4. keine Kräfte, um mehr zu tun, als selbst teilzunehmen und im Bekannten- und Kollegenkreis dafür einzutreten, sowie die Sache beim Zeitungsverkauf am Wochenende vorher zu berücksichtigen. Unterschriftenlisten zu diesen Zwecken sind in der Halbgasse zu bekommen. Beim Zeitungsverkauf werden wir auch einen angestrebten AE-Aufruf verwenden. Beim Anschlagen eines AE-Plakates werden wir mithelfen. Die AE soll auf der Grundlage "Keine Voest-Investitionen in Südafrika und Rhodesien!" gebildet werden. Das wird von uns verbunden mit der Forderung nach Abbruch aller Beziehungen zu diesen illegitimen kolonialistischen Regimes. Diese Forderungen richten wir allesamt an die Regierung.

Bei der gemeinsamen Konferenz der befreundeten kommunistischen Gruppen am 29./30.3. in Wien wurden der Maiaufruf und eine gemeinsame Erklärung zu den bevorstehenden Jahrestagen verabschiedet. Vertagt wurde die Beschlußfassung zur Frage des Kampfes gegen das Abtreibungsverbot, weil die vorliegenden Entwürfe unzureichend waren und überhaupt einige Fragen, die bisher in unserer Agitation keine Rolle spielten, noch nicht geklärt sind. Wir wurden beauftragt, neue Entwürfe auszuarbeiten, Im nächsten Rundschreiben werden eine Stellungnahme der VRA zu dieser Frage und diese Entwürfe abgedruckt werden.

W.L., 8.4.1975

1.Mai - MLPÖ

Die Leitung hat ihren ursprünglichen Beschluß, nach der Übereinkunft über eine gemeinsame Erklärung zum 1.Mai mit den Kbs und der VRA an die MLPÖ bezüglich einer gemeinsamen Maidemonstration in Wien heranzutreten, revidiert; wir werden uns in diesem Jahr nicht an die MLPÖ wenden, um eine gemeinsame Maidemonstration durchzuführen.

Begründung: Die ursprüngliche Vorgangsweise, die MLPÖ nicht in die Auseinandersetzung um eine gemeinsame Erklärung der österreichischen Kommunisten einzubeziehen, war falsch und dient nicht dem Kampf um die Vereinheitlichung und den Zusammenschluß der kommunistischen Bewegung. Die Leitung hat diesen Fehler zu spät erkannt; nach der Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung zum 1.Mai an eine Organisation heranzutreten, sich auf eine bereits festgelegte Plattform zu stellen - auch wenn dies in Worten nicht verlangt werden sollte - und sie zuvor praktisch aus der Auseinandersetzung um deren Zustandekommen auszuschließen, ist eine äußerst unseriöse Vorgangsweise; dies umso mehr, als die Vorbereitungen aus zeitlichen Gründen natürlich innerhalb kürzester Zeit über die Erklärung hinausgingen, sodaß wir heute, wollten wir unsere bisherige Arbeit nicht liquidieren, gezwungen wären, auch die Zustimmung zu Demonstrationsroute und -Termin zu verlangen. Eine solche Vorgangsweise kann sich nur schädlich auf die Erreichung unseres Ziels, alle kommunistischen Organisationen in die Auseinandersetzung um die Vereinheitlichung und den Zusammenschluß der Kommunisten einzubeziehen, auswirken und liefert allen Spaltern reichliches Material zur Untermauerung ihrer alten und zum erfinden neuer Vorwürfe. Die Leitung stellt daher selbstkritisch fest, daß ihr bei der Vorbereitung des 1.Mai ein Fehler unterlaufen ist; zum gegebenen Anlaß ist dieser Fehler nicht mehr korrigierbar. Die Leitung wird bei den nachsten Schritten zur ideologischen Auseinandersetzung und Vereinheitlichung der Kommunisten auch die MLPÖ berücksichtigen und sie öffentlich wie auch durch direkte Einladung zur Beteiligung auffordern.

8.4.1975 H.W.i.A.d.Leitung

Materialien zu 30 Jahre Befreiung vom Hitlerfaschismus und Beendigung des Zweiten Weltkriegs (Zu Rundschr. 17)

1933 Waren in Österreich die Heimwehrfaschisten an die Macht gekommen und hatten ihren Feldzug gegen alle Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes von Österreich, gegen die Arbeiterbewegung und gegen alle fortschrittlichen Elemente im Land begonnen. Auch nach der Niederschlagung des großen Aufstands vom 12.Feber 1934, der den Arbeitern der ganzen Welt den Weg zeigte, auf dem der Faschismus geschlagen werden kann, setzten die österreichischen Arbeiter und die anderen demokratischen Kräfte des Landes ihren Kampf fort.

Gleichzeitig nahmen die von allem Anfang an unverhohlen vorgetragenen Pläne der Hitlerfaschisten Osterreich zu annektieren immer konkretere Formen an. War der Putschversuch der Hitlerleute im Juli 1934 noch fehlgeschlagen, so wurde ihr Vormarsch mit dem Schuschnigg-Hitlervertrag vom Juli 1936 deutlicher, und im Septmeber behandelte der Nürnberger Parteitag der Nazis ausführlich die Kriegsvorbereitungen. Im November 1937 sprach Hitler offen die Angriffsrichtung aus.

Dieser geänderten Situation mußten die österreichischen Kommunisten Rechnung tragen. Als erste erkannten sie klar die große Gefahr, die der österreichischen Arbeiterklasse und dem Volk von Seiten Nazideutschlands drohte. Sie legten deshalb eindeutig fest, daß der Kampf des österreichischen Volks in seinem Hauptstoß gegen die nazistischen Anschlußpläne gerichtet werden mußte. Auf der Reichskonferenz der KPÖ im August 1937 erklärte Gen Koplenig zum entscheidend Neuen an der Situation: "Dieses Neue besteht darin, daß durch den Machtantritt des Hitlerfaschismus der Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs nicht nur zu einer Schicksalsfrage für das österreichische Volk, sondern auch zu einem wichitgen Faktor für den Frieden und für den Fortschritt in Europa geworden ist." Damit trat er den liquidatorischen Theorien der sozialdemokratischen Führer entgegen, die dan Kampf um die Unabhängigkeit des Landes als "reaktionäres Beginnen" darstellten und dies durch verschiedene demagogische Winkelzüge zu untermauern versuchten. Koplenig stellte weiter fest, daß der Hauptstoß gegen den Hitlerfaschismus und seine Agenten verbunden werden muß mit dem Kampf gegen daß austrofaschistische Diktaturregime. Daraus ergab sich die Orientierung auf den Zusammenschluß aller kommunistischen, sozialdemokratischen und katholischen Kräfte, die zum Kampf gegen den Hitlerfaschismus, für ein unabhängiges und demokratischen Österreich bereit waren.

Am 11.März 1938 marschierten die Hitlerleute in Österreich ein, um der drohenden Niederlage bei der bevorstehenden Volksabstimmung über den "Anschluß" zuvorzukommen. Selbst zu diesem Zeitpunkt und danach hielten viele sozialdemokratische Führer der alten Generation noch an ihren schädlichen, gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen des österreichischen Volks gerichteten Theorien fest, propagierten sie weiterhin und schadeten damit ernstlich der Widerstandsbewegung. Gleichzeitig führte das aber auch dazu, daß viele fortschrittliche Menschen von der Politik dieser Führer ab- und der kommunistischen Partei zuwandten, die unter den schwierigsten Bedingungen den Kampf fortführte.

Vorbereitung und Ausbruch des Weltkriegs

"Faschismus ist Krieg", hatte der VII.Weltkongress der Komintern festgehalten, und Gen Dimitroff erklärte dazu im August 1937: "Nachdem der Faschismus gegen den Willen und die Interessen des eigenen Volkes zur Macht gekommen ist, sucht er einen Ausweg aus den wachsenden inneren Schwierigkeiten in der Aggression gegen andere Länder und Völker, in einer Neuaufteilung der Welt durch die Entfesselung des Weltkriegs." Die Bestrebungen des deutschen Finanzkapitals, das politisch von den Hitlerfaschisten repräsentiert wurde, richteten sich auf die Erringung der Weltherrschaft. Ihr Hauptstoß richtete sich dabei gegen

den Osten, und hier wiederum vor allem gegen die Sowjetunion, das erste sozialistische Land der Welt. Diesem Ziel dienten die absurden nazistischen Theorien vom "deutschen Volksgut", daß aus einer gemeinsamen Sprache den Herrschaftsanspruch auf halb Osteuropa ableitete, indem es reklamierte, daß dort kleine deutsche Siedlerkolonien lebten. Der Stoß richtete sich nach Osten, weil dort große Bodenschätze, ausgedehnte fruchtbare Gebiete (Polen) und reichlich menschliche und materielle Produktivkräfte (Tschchoslovakei, UdSSR) konzentriert waren. Gleichzeitig mußte sich dieser Weltherrschaftsanspruch notwendig gegen die anderen imperialistischen Mächte richten, gegen deren Vormachtstellung Hitlerdeutschland anzukämpfen suchte. Dem suchte die Hitlerbande zu begegnen, indem sie sich als Speerspitze des Kampfs gegen den Kommunismus anboten.

Die Kriegspolitkk der Hitlerbande wurde begünstigt durch den Umstand, daß die westlichen imperialistischen Staaten tatsächlich versuchten, Deutschland und die Sowjetunion in einen Vernichtungskrieg gegeneinander zu treiben, aus dem sie selbst später den Nutzen ziehen wollten, wenn eines der beiden Länder - und hier hofften sie, daß es die UdSSR sein werde - geschlagen und das andere durch den Krieg soweit geschwächt wäre, daß es keinen ernsten Widerstand mehr leisten könnte. Ähnliche Ziele verfolgte auch die Politik des amerikanischen Finanzkapitals, daß eng mit dem deutschen Finazkapital durch Beteiligungen und Kartellabsprachen verbunden war.

Seit 1936 - dem ital enischen Überfall auf Abbessinien - herrschte Krieg: in Spanien fielen die Hitlerfaschisten ein, sie besetzten Österreich, sie annektierten das Sudetenland und kurz darauf die gesamte Tschechoslowakei. Während dieser ganzen Zeit wiesen die westlichen imperialistischen Länder alle Vorschläge der Sowjetunion Stalins für ein System der kollektiven Sicherheit gegen die aggressiven Bestrbungen Hitlerdeutschlands zurück und spannen Intrigen. Diese Politk kam in der "Beschwichtigungstaktik" Chamberlains, des englischen Premierministers am deutlichsten zum Ausdruck. Selbst angesichts des Naziüberfalls auf Polen, für dessen Integrität England zusammen mit Frankreich garantiert hatte, verhielten sich diese Länder praktisch passiv.

Die Sowjetunion war international isoliert; ein Angriff der Nazis drohte; Agenten im Land hatten die Verteidigungsbereitschaft nicht unbeträchtlich geschwächt. In dieser Situation wurde 1939 der Deutschsojetische Nichtangriffspakt unterzeichnet, der außer der Vereinbarung der beiden Länder, die gegenseitige territoriale Integrität zu waren, keinerlei wesentliche Bestimmungen enthielt. Durch diese kluge Politik Stalins konnten drei Ziele erreicht werden: die Sowjetunion erhielt die nötige Zeit, um sich auf einen Angriff seitens der Nazis vorzubereiten; durch den Zeitgewinn würden sich die Widersprüche zwischen den Faschistischen Mächten und den anderen imperialistischen Staaten weiter zuspitzen und eine antisowjetische imperialistische Koalition unmöglich machen, was die Grundlage für die Durchbrechung der internationalen Isolation der Sowjetunion abgab; und schließlich würde die Hitlerbande gezwungen werden, sich vor aller Welt im Falle ihres Angriffs gegen die Sowjetunion als wortbrüchiger Aggressor hinzustellen, was eine Erweiterung der antifaschistischen Front begünstigte.
Als weitere Vorbereitungsmaßnahme eroberten die Truppen der Roten Armee die 1920 vom Polen der Barone okkupierten sowjetischen Gebiete Bjelorußlands und der Westukraine zurück, nachdem sich Polen zu keinerlei Abkommen zur Sicherung der Sowjetunion gegen Nazideutsche Angriffe bereiterklärt hatte. Nach dem Abschluß von Freundschafts- und Beistandsverträgen mit den Republiken Litauen, Estland und Lettland wurden in diesen Ländern Sowjettruppen stationiert. Finnland, dessen Offizierskorps mehrehtilich pronazistisch eingestellt war, verweigerte trotz großzügiger Gegenleistungen einen Vertrag zur Sicherung der Nordgrenze der UdSSR und unternahm stattdessen eine

Reihe von Provokationen. Zur Sicherung Leningrads mußten Sowjettruppen die karelische Landenge besetzen, die nur 36 km entfernt liegt. Dies nahmen die imperialistischen Länder nochmals zum Anlaß, um die Hitleraggression in die gewünschte Bahn gegen die UdSSR zu lenken: sie schlossen die Sowjetunion aus dem Völkerbund aus, verurteilten sie als "Aggressor" und unterstützten die direkt den Nazis in die Hand arbeitende reaktionäre finnische Regierung mit Waffen und anderem Kriegsmaterial. [x])

Die erste Periode des Zweiten Weltkriegs (1939-1941)

Am 1.9.1939 überfielen die Nazis Polen; in der Folge erklärten England und Frankreich am 3.9. Deutschland den Krieg. Im April 1940 überfielen die Nazis Dänemark und Norwegen, im Mai Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Frankreich. Bis zum 10.Mai 1940 - dem Überfall auf Belgien - führten die herrschenden Cliquen Englands und Frankreichs ungeachtet der formellen Kriegserklärungen ihre Beschwichtigungspolitik weiter. Erst ab diesem Datum waren sie gezwungen, ihre Politik zu ändern, w as in England zu einer Regierungsumbildung führte: Churchill, der die Gefährlichkeit Nazideutschlands für Europa und auch für die imperialistischen Länder klar erkannte, für ein Bündnis mit der Sowjetunion und den bedingungslosen Kampf gegen Hitlerdeutschland eintrat. Die Hitlerfaschisten versuchten ihr Herrschaftssystem in den okkupierten Gebieten zu festigen und begannen mit dem massenhaften Abtransport der Reichtümer der besetzten Länder. Während dieser Periode hatte der Zweite Weltkrieg vor allem den Charakter eines imperialistischen Raubkriegs, eines ungerechten Krieges; aber gleichzeitig entwickelte sich der antifaschistische Befreiungskampf in den von der Hitlerbande besetzten Ländern, und damit entwickelten sich auch die Elemente eines gerechten, antifaschistischen Befreiungskrieges, die gegen Ende der ersten Periode immer mehr in den Vordergrund traten. Die Arbeiterklasse hatte in dieser Zeit die vorrangige Aufgabe, alle Elemente die in der einen oder anderen Form für eine Aussöhnung mit Hitlerdeutschland und für einen direkten oder indirekten Angriff auf die Sowjetunion eintraten zu bekämpfen, sich selbst an die Spitze des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus zu stellen und damit dem gerechten, antifaschistischen Element in diesem Krieg zum Durchbruch zu verhelfen. In den faschistischen Ländern hatte die Arbeiterklasse den Kampf zum Sturz des Faschismus und zur Sabotage seiner Kriegspläne zu führen; die Österreichische Arbeiterklasse mußte um die Unabhängigkeit des Landes und gegen alle Aggressionsvorbereitungen der Hitlerbande kämpfen.

Die Zweite Periode des Zweiten Weltkriegs (1941-1942)

Mit dem wortbrüchigen Überfall auf die Sowjetunion am 22.Juni 1941 und dem Beginn des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolks wurde das fortschrittliche, antifaschistische Element zum tragenden Element des Krieges. Anfangs konnte die Hitlerbande gewisse Fortschritte verzeichnen, was vor allem auf das Überraschungsmoment und mehr noch auf das Feheln einer zweiten Front - im Westen - die größere deutsche Truppenteile gebunden hätte, zurückzuführen war. Dazu kam noch die anfängliche große materielle Überlegenheit der Nazitruppen. Aber bereits die Sommeroffensive der Nazis kam vor Moskau zum stehen und im Dezmmber konnte die Rote Armee zur Ggen-

---

[x]) Alle diese Maßnahmen der Sowjetregierung zielten nicht auf territoriale Erweiterungen, sondern lediglich auf den Schutz vor dem unmittelbar bevorstehenden Naziangriff ab und waren militärisch unbedingt notwendig. Sie lagen sowohl im Interesse des Sowjetvolks als auch im Interesse der Völker der betroffenen Länder und Gebiete und waren aus diesem Grund gerechte Maßnahmen.

offensive antreten, die erfolgreich verlief. Damit hatten die Nazis erstmals die strategische Offensive verloren und eine Wende im Kriegsverlauf kündigte sich an.

Mit dem Beginn einer neuen Sommeroffensive am 28.Juni 1942 versuchten die Hitlerleute nochmals die Initiative an sich zu reißen. Hauptziel war die Umgehung Moskaus durch die Einnahme Stalingrads, um so den Angriff auf Moskau zu führen; ein Nebenziel war die Eroberung des kaukasischen Erdölgebiets vom Baku, um sich in den Besitz wichtiger Rohstoffreserven der Sowjetmacht zu setzen

Die dritte Periode des Zweiten Weltkriegs (1942-1943)

Mit der Schlacht bei Stalingrad (19.Nov.1942-2.Feb.1943) trat der Weltkrieg in seine dritte Etappe ein, die durch den vollständigen Verlust der strategischen Offensive der Nazitruppen gekennzeichnet ist; während die Westmächte nach wie vor keine zweite Front eröffneten, befreite das Sowjetvolk unter unglaublichen Opfern mehr als zwei Drittel seines Landes.

Die vierte Periode des Zweiten Weltkriegs (1944-1945)

Dies ist die Periode der endgültigen Vertreibung der Naziokkupanten aus der Sowjetunion, der vollständigen Zerschlagung der Hitlerarmee durch die Verbündeten. Im Sept.1944 betraten Sowjettruppen in Ostpreußen zum erstenmal deutsches Gebiet, am 13.April 1945 wurde Wien befreit und am 8.Mai1945 kapitulierte die Hitlerwehrmacht.

Die hauptsächlichen Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs

Durch den Ausgang des Krieges wurde Hitlerdeutschland zerschlagen. Aber im Gegensatz zu den Hoffnungen und Wünschen der imperialistischen Mächte, die die Eröffnung einer Zweiten Front absichtlich bis in die vierte Periode des Kriegs verzögert hatten, ging die Sowjetunion gestärkt aus dem Krieg hervor. Die Einheit des Sowjetvolks hatte sich gefestigt, die Rote Armee bewährt und ungeachtet aller Zerstörungen war die Industrie gestärkt. Weiters hatten sich im Verlauf des Kriegs in fast allen Ländern starke antifaschistische Befreiungsbewegungen gebildet, die eine große Rolle bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus spielten; nach dem Krieg konnten sie in den Ländern Osteuropas an den Aufbau einer neuen, Volksdemokratischen Ordnung gehen. Diese Länder wurden aus dem imperialistischen Lager gelöst und bildeten zusammen mit der Sowjetunion das antiimperialistische, demokratische Lager. Die Entstehung dieses Lagers ist das wichtigste Ergebnis des Zweiten Weltkrieges.

Des weiteren gingen alle imperialistischen Länder mit Ausnahme der USA geschwächt aus dem Weltkrieg hervor; von den vier alten Großmächten Europas hatte nach dem Krieg nur Großbritannien einigermaßen seine Stellung behauptet. Die USA hatten selbst keinerlei Beschädigungen im Land zu verzeichnen, ihre Menschenopfer waren verhältnismäßig gering, und ihre Kriegsindustrie hatte riesige Profite erzielt. Die USA waren zur stärksten imperialistischen Macht der Welt geworden und machten sich bereit, die Weltherrschaft anzustreben. Das ist das zweite wichtige Ergebnis des Weltkriegs.

Die USA richteten kurz nach dem Krieg bereits alle ihre Bestrebungen auf dem Zusammenschluß aller imperialistischen Länder unter ihrer Oberhoheit, um ein antidemokratisches, imperialistisches Lager zu bilden. Sie strebten nach der Weltherrschaft und für dieses strategische Ziel war das strategische Haupthindernis das antiimperialistische Demokratische Lager von Osteuropa bis nach Korea. Um ihre Ziele zu erreichen, mußten die reaktionären Kreise des US-Finanz-

kapitals die kleinen und mittleren imperialistischen Länder zu ihren Vasallenstatten machen. Gleichzeitig mußten sie die Arbeiterklasse und die Volksmassen davon überzeugen, daß diejenigen, die eben noch ihre Verbündeten und Freunde waren - das Sowjetvolk und die Rote Armee - nun ihre schlimmsten Feinde seien. So setzte die Periode des Kalten Kriegs und des McCarthyismus ein, und mit Hilfe des Marshallplans suchten die USA sich Europa zu unterwerfen. Dieser Plan nutzte die schwierige wirtschaftliche Lage nach dem Weltkrieg aus, um den amerikanischen Kapitalisten den Absatz für gewisse Produkte -vor allem Lebensmittel und Baumwolle - zu diktierten Preisen zu sichern; er knüpfte die Kredite an Bedingungen, die dem Marshallplanverwalter in Europa (Hoffman) weitgehende Eingriffsrechte in die Volkswirtschaft der einzelnen Länder gewährte; er ermöglichte es den USA, die Investitionen in Europa zu kontrollieren und in die für das amerikanische Kapital vorteilhaften Bahnen zu lenken; er war an die Bedingung geknüpft, daß die Ausbeutung der Werktätigen Europas vorrangig verschärft werden sollte, um eine rasche Wiedererrichtung des Kapitalismus zu gewährleisten; und er zielte auf eine rasche Wiederherstellung der Kriegsindustrie im Dienste der aggressiven Bestrebungen der USA-Imperialisten ab. Sein Kern war der westliche Teil Deutschlands.

Das Hauptziel des Marshallplans war also die Herstellung eines antidemokratischen, imperialistischen Staatenblocks unter Führung und Kontrolle der USA und mit Westdeutschland als Kern.

Der Marshallplan bedeutete für die arbeitenden Menschen Hunger und steigende Ausbeutung, er bedeutete Abhängigkeit von einer fremden Macht und unmittelbare Vorbereitung eines neuen Weltkriegs.

Diese reaktionären Machenschaften beantworteten die Arbeiter- und Volksmassen mit einem breiten Kampf für Frieden und Brot, gegen den USA-Imperialismus und die Marshallisierung, für Unabhängigkeit und Volksdemokratie.

Die Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus

Die entscheidende Rolle bei der Befreiung österreichs vom Joch der nazistischen Fremdherrschaft kommt der Roten Armee zu, die die Reste der Hitlertruppen auf ihrem Rückzug nach und in Österreich selbst zerschlug und den Plan Hitlers, Österreich in eine "Alpenfestung" umzuwandeln und als letzte Zufluchtsstätte zu benutzen zu einem absurden Hirngespinst werden ließ. Aber auch die fortschrittlichen, demokratischen Kräfte Österreichs, an ihrer Spitze die Kommunistische Partei spielten eine bedeutende Rolle im Befreiungskampf. Niemals zogen sich die Kommunisten oder ihre Leitung aus dem Land zurück, und für jedes Mitglied des Zentralkomitees, das durch die Hitlerschergen fiel, wurde ein neues nach Österreich entsand. Während der ganzen Nazizeit wuchs die kommunistische Partei in Österreich ständig, sodaß auf dem 13.Parteitag 1946 festgestellt werden konnte, daß über 13.ooo der 1946 aktiven Mitglieder während der Zeit der Hitlerbesatzung der Partei beigetreten waren. Ferner operierten gegen Kriegsende von Jugoslawien aus österreichische Bataillone, und die Österreichische Freiheitsfront, die während des Krieges gegründet worden war, kämpfte im Land gegen die Hitlerbande.

Nachdem die Rote Armee die letzten Nazistreitkräfte aus Ostösterreich vertrieben hatte, erklärte sie sich sofort bereit, die Verwaltung einer demokratischen österreichischen Zivilregierung zu übergeben, ganz im Gegensatz zu den westlichen Besatzungsmächten, die sich noch monatelang weigerten, die provisorische Bundesre-

gierung als rechtmäßige Vertretung des österreichischen Volkes anzuerkennen und ihr die Regierungsgewalt auch in den Westzonen zu übertragen. Im Gegensatz zur Roten Armee gebärdete sich das Kommando xxx der US-Streitkräfte diktatorisch gegenüber dem Österreichischen Volk, sodaß sie leicht nicht als Befreier, sondern als Besatzer Österreichs angesehen werden konnten. Sie raubten Fabrikeinrichtungen und verlegten sie in die von ihnen kontrollierte Zone, während die Rote Armee unter strikter Einhaltung der Potsdamer Beschlüsse der alliierten Mächte lediglich nazideutsches Kapital beschlagtnahmten als Wiedergutmachung für die riesigen Schäden die eben dieses Kapitalx m der Sowjetunion angerichtet Hatte.

Die Kommunistische Partei verfolgte eine politik, die auf den Aufbau eines unabhängigen, demokratischen Österreich gerichtet war. Nach der militärischen Niederwerfung der Hitlerbanditen bestanden nach wie vor starke Überreste der Naziideologie im Volk, undviele Nazis saßen nach wie vor im Staatsapparat. Die kommunistische Partei versuchte deshalb, eine einheitliche Front aller demokratisch gesinnten Kräfte des Landes aufzubauen und die Volksdemokratie zu errichten. Die provisorische Bundesregierung, an der sich die Kommunistische Partei beteiligte, sollte den Staatsapparat gründlich von den alten, verfaulten Elementen säubern und durch neue, demokratische Kräfte aus der Arbeiter- und Bauernschaft ersetzen; sie sollte die Überreste der Naziideologie beseitigen; sie sollte eine Reihe der dringlichsten Maßnahmen zum Schutz der Arbeiterklasse vor der Verelendung verwirklichen; sie sollte durch die Förderung der Initiative der Volksmassen die Wirtschaft in Gang setzen und die Schlüsselindustrien sowie die Banken verstaatlichen; und sie sollte schließlich die Bedingungen schaffen für die Herstellung der Souveränität Österreichs, für den Abschluß eines Staatsvertrags.

Dieses Sofortprogramm der Kommunistischen Partei war kein Programm des Sozialismus; aber es war ein Programm, geeignet, um das österreichische Volk zusammenzuschließen und den Weg zur sozialistischen Revolution zu ebenen.

Durch die Anwesenheit ausländischer Truppen auf Österreichischem Boden war der direkte Weg Zum weiteren Fortgang auf dem Weg der Volksdemokratie und des Sozialismus versperrt, denn die westlichen Besatzungsmächte taten alles, um die Initiative der Volksmassen zu unterdrücken und zu ersticken, und lange Zeit waren noch die demokratischen und fortschrittlcihen Presseorgane in diesen Zonen verboten.Die erste und dringendste Aufgabe für die österreichische Arbeiterklasse und das Volk war daher die Erkämpfung der Unabhängigkeit und Souveränität, der Abschluß eines Staatsvertrags.

Die Sowjetunion äußerte wiederholt ihre Bereitschaft zum Abschluß eines solchen Staatsvertrags und ihr Außenminister, Molotow, unterbreitete konkrete Vorschläge für einen solchen Vertrag, die von den Westmächten abgelehnt wurden, was ihnen umso leichter fiel, als nur die Kommunisten von den drei Regierungsparteien ernsthaft für den sofortigen Abschluß eines Staatsvertrags eintraten.

Schon im Verlauf des Jahres 1946 wurde klar, worauf die Pläne der Reaktion hinausliefen: die Verschleppung der dringlichsten Probleme des österreichischen Volks, um den eigenen zerstörten Apparat wieder in Gang zu setzen und den Einfluß der bürgerlichen Ideologie auf die Volksmassen wiederherzustellen.

Dieselbe Taktik verfolgten die USA-Imperialisten, und sie waren es, die unmittelbar hinter diesen Maßnahmen standen.Denn für ihre Aggressionspläne gegen das Lager der deokratischen, antiimperialistischen Länder gedachten sie Österreich als wichtigen Stützpunkt zu benützen. Aus diesem Grund verstärkten sie auch in der Nachkriegszeit, nachdem die Nazitruppen längst vom Erdboden verschwun-

den waren, ständig ihre Besatzungstruppen in Österreich und schafften immer neues Kriegsmaterial herbei.

Die raektionären Cliquen in ÖVP und SPÖ, die unmittelbar nach dem Krieg aus Mangel an Machtmitteln in den Hintergrund hatten treten müssen, fanden zusehends eine Stütze in den USA-Imperialisten, und dementsprechend wandelte sich sehr schnell ihre Politik. Weit davon entfernt, für Frieden, Freiheit und Österreich zu kämpfen, intirigierten sie bereits für die Wiedererrichtung der Kapitalsherrschaft und bereiteten einen maßlasen Raubfeldzug gegen die arbeitenden Menschen vor. Sie hielten geheime Besprechungen hinter dem Rücken der von der KPÖ gestellten Minister ab und benutzten diese als Aushängeschild, um ihre demokratische, fortschrittliche Gesinnung unter "Beweis" zu stellen. Zu spät erkannte die KPÖ diese reaktionären Machenschaften in ihrer vollen Tragweite und in ihrer Verbindung mit den Plänen der USA-Imperialisten. Aus diesem Grund traten die Regierungsmitglieder der KPÖ auch nicht rechtzeitig aus der Regierung aus, um vor den Volksmassen schonungslos den Betrug aufzudecken, der an ihnen verübt werden sollte und um den Kampf aufzunehmen gegen die reaktionäre Bourgeoisie, die als Handlanger des USA-Imperialismus zum Krieg gegen die Volksdemokratien rüstete. Auf dem 14.Parteitag (1948) kritisierte Gen Koplenig diese Fehler.

Tatsächlich trat die KPÖ erst aus der Bundesregierung aus, als diese die volksfeindliche Währungsreform beschloss, die Millionen von arbeitenden Menschen ihre geringfügigen Spargelder entweder ganz raubte oder sie auf ein Drittel kürzte, während sie den Banken und Kriegsgewinnlern, den Schleichhändlern und der wiederaufgestiegenen Bourgeoisie in die Taschen arbeitete. Diese Reform war die Vorbedingung, die erfüllt werden mußte, damit Österreich in den"Genuß" der Marshallplanmittel gelangte. Die USA verlangten die schonungslose Ausplünderung der Werktätigen des Landes, dann zeigten sie sich interessiert, es in den Kreis ihrer Vasallen aufzunehmen und seine Bourgeoisie am großen Kriegsgeschäft teilnehmen zu lassen. Diesem Ziel - der rücksichtslosen Ausplünderung - dienten dieberüchtigten Lohn-Preis-Pakte.

Der Kampf um die Unabhängikeit, der Kampf um den Staatsvertrag mußte unter diesen Bedingungen verschmelzen mit dem Kampf gegen die Marshallisierung des Landes, und der Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterklasse stand in engstem Zusammenhang damit. Dieser Kampf war zugleich der entschiedenste Beitrag, den die Österreichische Arbeiterklasse und das Volk zum Kampf um die Erhaltung des Friedens leisten konnten.

Die Hauptelemente beim Wiederaufbau des Kapitalismus in Österreich waren also: Die aus den aggressiven Bestrebungen des USA-Imperialismus erwachsenden Bemühungen, in Österreich Fuß zu fassen, die sich an diese Bestrebungen anlehnende Verschleppungs- und Sabotagetaktik der herrschenden bürgerlichen Cliquen in ÖVP und SPÖ, die gegen den raschen Abschluß eines Staatsvertrags gerichtet waren und die Teilung Österreichs betrieben, ihr Einfluß und ihre Demagogie gegenüber den Volksmassen, die diesen Banditen vertrauten und ihnen zum Teil folgten; so wurden die Arbeiterklasse und das Volk gespalten, der Weg zu Frieden, Fortschritt und Volksdemokratie versperrt; die KPÖ begünstigte diese Politik, weil ihre Führung zu spät deren wahren Charakter erkannte und auch dann die Konsequenzen nur zögernd zog. So konnten die Kommunisten, die 1945 noch großes Vertrauen bei den breitesten Massen genossen, mehr und mehr isoliert werden, und die bürgerlichen Politiker konnten zu einer direkten Hetze gegen alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte übergehen, die sie sich unmittelbar nach Kriegsende niemals

erlauben hätten können. In dieser Atmosphäre der Spaltung der Arbeiterklasse und des Volkes betreiben sie die maßlose Ausplünderung der Werktätigen, die ungeheure Verschärfung der Arbeitshetze und die Eingliederung Österreichs in das imperialistische Weltsystem.

Nachbemerkung

Diese Notizen sind rasch geschrieben, wenig redigiert und nicht im Detail belegt. Sie stellen nicht den Anspruch, alle Fragen wirklich erschöpfend zu beantworten; das ist in dieser Form auch gar nicht möglich. Sie fassen lediglich die wichtigsten Gesichtspunkte zusammen, die in Bezug auf die Fragen: Ursachen des Weltkriegs, Verlauf, Befreiung, Ergebnisse des Kriegs, Wiederherstellung der Ausbeuterordnung in Österreich auftauchen. Ich möchte die Genossen noch ersuchen, für andere Zwecke als den jetzt unmittelbar bevorstehenden diese Notizen bestenfalls als einen Leitfaden für ein eigenes Studium zu verwenden, da sonst aus der Knappheit und gewissen Unausgereiftheit bei Anwendung auf andere Fragestellungen leicht grobe schematische Fehler entstehen könnten.

H.W.

Beschluß über die Linie, die die MLS bei ihrer Kandidatur zu den ÖH-Wahlen einschlagen muß.

1. "Die Arbeiterklasse wird nur dann das ganze Volk in Kampf um die politische Macht gegen den bürgerlichen Staat führen können, wenn sie sich an die Spitze des dem. Kampfes stellt, diesen revolutionär führt und gleichzeitig bestrebt ist, auch die nichtproletarischen Teile des Volk in die allgemeinen Volkskämpfe einzubeziehen" (RBd. Leitg.S 103) Die Arbeiterklasse braucht diese politische Macht, um ihr ZIEL, die Durchführung der sozialen Revolution, den Aufbau des Sozialismus, erreichen zu können.

Die Studenten, sind für die Arbeiterklasse eine wichtige Reserve. Deshalb führt sie auch den Kampf um die Köpfe der Studenten und stellt sie vor die Alternative

-Agenten und Funktionäre der bürgerl. Klasse zum Zweck der Unterdrückung des Volks, oder
- Diener des Volks und Kämpfer an der Seixte der Arbeiterklasse zu werden.

2. Die Lage der Studenten an den HS ist geprägt von den Anforderungen, die die Bourgeoisie an die Ausbildung ihres Funktionärs- und Agentennachwuchses stellt. Die politische Hauptseite dieser Ausbildung an den Hochschulen ist, die Studenten vom übrigen Volk zu trennen. Dies geschieht durch die besondere Institution und das Vollpumpen mit bürgerl. Gedankengut.
Dadurch, daß die allgemeine Verschärfung der Widersprüche in underer heutigen Epoche die Bourgeoisie zwingt die Ausbildung straffe zu organisieren und verstärkt nach ihrem unmittelbaren Bedarf auszurichten und diese Verschärfung auch nicht spurlos an den Studenten vorbeigegangen ist und vorbeigehen kann, ist die bürgerliche Staatsmacht immer mehr gezwungen ihren Einfluß auf die HS zu vertiefen und jene Privilegien immer mehr einzuschränken, die die Bourgeoisie einstmals ihren eigenen Söhnen und Töchtern gwährte.
<u>Insoweit</u> die Studenten durch diese Entwicklung in Konflikt mit dem bürgerl. Staat geraten, den Kampf um beschränkte akad. Rechte aufnehmen und sich dabei gegen den bürgerl. Staat wenden ist das Stattfinden dieses Kampfes im Interesse der Arbeiterklasse und wird von ihr unterstützt.
Um ihre studentischen Interessen innerhalb der HS und gegenüber dem bürgerl. Staat vertreten zu können und sich Gehör zu verschäffen, haben die Studenten eine eigene Vertretungskörperschaft (ÖH), die ihnen in der bestehenden Form von der Bourgeoisie zugewiesen wurde. Dadurch, daß sich die Bourgeoisie einen jederzeitigen Zugriff auf die ÖH gesichert hat, ist ein beständiger Kampf gegen die Einmischung des bürgerl. Staats in die Arbeit der student. Vertretungskörperschaft notwendig, damit ihre Tätigkeit tatsächlich und ausschließlich vom polit. Willen der Studenten, einschließlich derjenigen auf den pädagogischen Akademien, bestimmt wird.

3. Aufgabe der Kommunisten ist es, übe all für die Ziele der Arbeiterklasse einzutreten.
Für unsere Arbeit an den HS heißt das, die Studenten für die Ziele der Kämpfe der Arbeiterklasse zu gewinnen, sie der Bourgeoisie abspenstig zu machen, sie aus ihrer Isolation herauszuführen und soviele wie möglich zu komm. Kadern herauszubilden.
Diesem Zweck dient die komm. Massenorganisation, die MLS. Wir werden unsere Aufgaben nur dann erfolgreich erfüllen können, wenn wir entschieden der bürgerl. Wissenschaft den Kampf ansagen und durch eine richtige Anwendung der Aktionseinheitspolitik unter den Studenten und dabei auch in den Ausschüssen der ÖH die Masse der studierenden Jugend für die aktive Teilnahme an den Kämpfen des Volks um begrenzte Ziele gewinnen.

Weiters aber auch nur dann, wenn wir die besonderen Konflikte der Studenten mit dem bürgerl. Staat nicht außer Acht lassen, sondern im Gegenteil den Kampf gegen staatliche Zwangsmaßnahmen organisieren und in deren Verlauf den Klassencharakter dieses Staats enthüllen und Kenntnisse darüber verbreiten, daß allein die Arbeiterklasse in der Lage ist, dem ganzen Volk eine hoffnungsvolle Perspektive zu weisen. Die ÖH ist in diesem Zusammenhang ein geeignetes Mittel zur erfolgreichen Durchsetzung der studentischen Forderungen gegenüber dem Staat und bietet uns Komm. zusätzliche Möglichkeiten, die Ziele der Arbeiterklasse zu propagieren und dieStudenten in die Aktionseinheit des Volkes hineinzuziehen.

4. Bei den Wahlen in die studentischen Vertretungskörperschaften stellen die Komm. die Studenten vor die Alternative ihre Stimme entweder für die Bourgeoisie oder für die Arbeiterklasse abzugeben. daraus folgt, daß der Schwerpunkt unseres Auftretens - genauso wie das ganze Jahr über - in der Verbreitung von Kenntnissen über die Entwicklung des Kampfs der Arbeiterklasse und der Völker der Welt gegen den Imperialismus und Kolonialismus und der Entwicklung des Kampfs der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die Herrschaft der Bourgeoisie in Österreich liegen muß.
Angesichts <u>dieser</u> Kämpfe müssen die Studenten lernen zwischen richtig und falsch zu unterscheiden.
Erst dann werden sie verstehen, daß einzig die Kommunisten auch konsequent den Kampf gegen den bürgerlichen Staat zur Durchsetzung besonderer stuentischer Forderungen führen und ihnen auch in diesem Punkt vertrauen.
Daraus folgt weiters, daß die Kommunisten in Wien (und wenn möglich in ganz Österreich) aufallen HS, auf allen Inst. und sonsti en Untergliederungen auf der Grundlage eines einheitlichen Aufrufs kandidieren.

PLAKATE, WANDZEITUNGEN, STELLTAFELN

Bisher wurde der polit. Zweck der Plakate, insbesonders der KLAKA-Plakate wenig oder überhaupt nicht überdacht. Bei den Klakaplakaten zeigt sich das ganz klar: Weder waren sie im eigentlichen Sinn Plakate (welchen Zweck sollte auch ein Plakat zur Zeitung haben) noch waren sie Wandzeitungen, die eineoder ein paar polit. Fragen behandeln. Der Ort des Einsatzes wurde vor allem durch den Wohnort der Genossen bestimmt. In wichtigen Bezirken, an wichtigen Verkehrsknotenpunkten wurde überhaupt nicht plakatiert. Aber in der Gegend um den 7.,8,9., Bezirk klebten dafür oft Plakate an Stellen, an denen man nur den Titel des Plakats lesen konnte.
Die Wirkung der Plakate wurde nicht überprüft: Werden sie gelesen, was sagen Käufer des Klaka zu den Plakaten usw.

Bei den Stelltafeln, die von den Zellen, Kollektiven und Verkaufsgruppen selber hergestellt wurden, gab es überhaupt keine zentrale polit. Anleitung. Der Inhalt und die Form der Filzstiftplakate wurde nirgends überprüft. Nirgends konnten die dabei gewonnen Erfahrungen zentralisiert werden. Diese Plakate erfordern einen großen Zeitaufwand zur Herstellung und kosten einen ganzen Haufen Geld.
Die Aufgabe der Agit-Prop-komission bei der Leitung in Hinsicht auf Plakate und Stelltafeln besteht darin,entlang der von der Leitung festgelegten Hauptaufgaben und der von ihr festgelegten polit. Linie, Schritt für Schritt ein planmäßiges und angeleitetes Arbeiten mit den Plakaten und Stelltafeln zu ermöglichen. Welche Mittel können wir in diesem Bereich verwenden und welchen Zweck haben sie ?

1. Plakate
Ein Plakat wird nur ein, zwei Aktionslosungen, eine Demonstrationsankündigung, den Hinweis zu einer Veranstaltung verbreiten können. Dieses breiteste Agitationsmittel wird nur sinnvoll sein in Zusammenhang mit einem intensiven Auftreten der Kommunisten zu dieser polit. Frage (z.B. am 1.Mai, die Hauptlosung und die Ankündigung der Veranstaltung un der Demo.)
Die Auflagenstärke, die Orte an denen plakatiert werden soll wurden bisher nurüber den Daumen gepeilt. Mit der Umstellung des Stadtverkaufs gibt es tatsächlich die Möglichkeit, auch das Plakatieren entlang der objektiven Strukturen der Stadt auszurichten.
Das Plakatieren der Maiplakate wird ein Übergang sein. Die Plakate werden folgendermaßen an die 4 Kollektivgruppen verteilt werden

Gruppe I,III, IV erhält jetzt:	350 Kleine Plakate	Gr.II:	250
	400 mittlere Plakate		300
	140 große Plakate		80

Mitte Mai werden noch einmal 1.200 Plakate gedruckt

Wo soll plakatiert werden:
Die Plakate für den 1.Mai, aber auch später für andere Demos sollen in der ganzen Stadt plakatiert werden

Gruppe I plakatiert :	2, 20, 21, 22 Bezirk und Kai
Gruppe II	12, 4,5, 6 Bezirk und Oper
Gruppe III	3, 10, 11, 23 Bezirk, Landstr. und Schwarzenberg. platz
Gruppe IV	7,8, 9 14, 15, 16, 17 und UNI

Die Kollektivgruppen sollen die Plätze nach ihrer Wichtigkeit einstufen und unter den Zellen und Kollektiven aufteilen. Dabei sollte man folgende Gesichtspunkte beachten:
Vorrangig sind: Betriebe mit Kollektiven
Verkaufsplätze
dann: Betriebe, Verkehrsknotenpunkte, Stellen, die vom Auto aus ins Auge springen

Bisher wurde an den meisten Umsteigstellen am Gürtel und Ring fast überhaupt nicht plakatiert. Bezirke wie 11, 12, 23 usw haben noch kein Plakat von uns gesehen.
Die Agit-Prop-Komission wird einen Erhebungsbogen über die Plätze, die Zahl der notwendigen Plakate ausgeben. Die Kollektive und Zellen sollen sich ihren Bereich anschauen, Plätze und Zahl und Art der Plakate bestimmen und die Wirkung <u>überprüfen</u>. Aufgrund der Erhebung wird dannein Schlüssel für dieVerteilung der Plakate erstellt werden.
<u>Wann</u> söll plakatiert werden
Von den mittleren und großen Plakaten sollten die Kollektivgruppen die Hälfte für Ende April aufbewahren, um noch einmal nach zuplakatieren. Die kleinen werden nachgedruckt.

2. WANDZEITUNGEN

Sollen ein, zwei wichtige polit. Fragen relativ ausführlich behandeln, um:
- o Menschen für den Standpunkt der Kommunisten zu interessieren, die wir durch den Zeitungsverkauf noch nicht erreichen können
- o Das ist auch die richtige Weise, wie wir Werbung für den "Klaka" machen können.

Eine gute Wandzeitung, die an den richtigen Plägzen hängt, kann uns helfen Arbeiter und Angestellte mit unserer Agit. und Prop. zu erreichen, die entweder keine Gelegenheit haben sich unsere Zeitung zu kaufen oder die noch nicht bereit sind es zu tun.

Das bisherige Klaka-plakat - ein verlängertes Inhaltsverzeichnis hat diese Aufgaben nicht erfüllt.
<u>Wo</u> sollen die Wandzeitungen plakatiert werden ?
Momentan werden wir sie nur in den Gebieten plakatieren, in denen wir agitieren.
Hier sind ausschließlich Plätze sinnvoll, an denen sich die Menschen aufhalten, an denen sie warten usw. Eine Wandzeitung an einem Platz, an dem die Leute vorbeilaufen ist vergeudetes Papier und Arbeit.
Die Zellen und Kollektive sollen an den Zeitungsverkaufsorten und an wichtigen Verkehrsknotenpunkten solche Plätze für die Wandzeitungen festlegen und an diesen Plätzen regelmäßig plakatieren.(Wenn es die Kräfte erlauben sollte nachplakatiert werden.) Mit den Erhebungsbogen soll auch hier ein Schlüssel festgelegt werden. Dieses Monat bekommt jede Kollektivgruppe 250 Klaka-Wandzeitungen und ca. 500 1.Mei-Wandzeitungen.
Bei den Wandzeitungen ist es wichtig festzustellen: Werden sie gelesen. In Gesprächen beim Zeitungsverkauf sollte auch die Wirkung festgestellt werden. So werden wir sehen, ob Wandzeitungen überhaupt ein taugliches Mittel der Agit. sind und wie sie verbessert werden können.
Die Wandzeitungen sind, zusammen mit den Plakaten auch ein gutes Mittel für die Stelltafeln. Jedes Kollektiv und jede Zelle soll sich überlegen, welche Möglichkeiten es gibt, sie in den Fabriken aufzuhängen.
Die Wandzeitungen werden von einer Redaktion hergestellt, die auf je einem Genossen der Klaka-redaktion, der Agit-Propkomission und der Plakatgruppe besteht.

3. [illegible]

3.STELLTAFELN

Zentral sollen von der Agit-prop-komission hergestellt werden: Vorschläge für Plakattexte und Kurzreferate. Die Diskussion und Kritik über diese Materialien (ünd über alle anderen) sollte über die Wandtel in der Malbgasse gehen. Auch Anregungen, Materialien, die von anderen Einheiten verwendet werden können usw. sollten dort angeschlagen werden.

Die nächsten Plakate und Wandzeitungen

KLAKAWANDZEITUNG zu den zentralen politischen und ökonomischen Problemen, auf die heuer der erste Mai ausgerichtet werden soll: Rationalisierungen, Entlassungen, Arbeitslosigkeit und die notwendigen Maßnahmen der Arbeiterklasse dagegen.
Indochina
1. MAI- WANDZEITUNG: Mit Maiaufruf
1. MAI-PLAKAT (Gemeinsam mit befreundeten Organisationen)

Für die Agit-Prop-Kom. F.N.